



Nr. 52, 28. Dezember 2017

## Neocons verstärken die geopolitische Konfrontation

Von Harley Schlanger

### **Viele Formulierungen in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der US-Regierung spiegeln leider das geopolitische Denken der Trump-Gegner im Sicherheitsapparat wider.**

Der jüngste Vorstoß der Neokonservativen innerhalb und außerhalb der US-Regierung, Amerika auf einem Kurs geopolitischer Konfrontation gegen Rußland und China zu halten, zeigt deutlich, daß der Putschversuch, den Sonderermittler Robert Mueller im Interesse der imperialen Interessen von Wall Street und Londoner City gegen Präsident Donald Trump betreibt, dringend abgewehrt werden muß. In den letzten Tagen tauchten weitere Hinweise dafür auf, daß es Trumps Bereitschaft zur strategischen Zusammenarbeit mit Rußland und China war – und nicht die behauptete „Einmischung“ des russischen Präsidenten Putin in den US-Wahlkampf bzw. eine „Komplizenschaft“ Trumps mit Putin, die Wahl zu stehlen –, die den sog. Russiagate-Skandal auslöste, über den Trumps Gegner mit einer beispiellosen Welle von Angriffen, Medienlügen und korrupten Ermittlungen seinen Sturz herbeiführen wollen.

Im Wahlkampf 2016 hatte Trump die Kriegspolitik der Bush-Republikaner wie auch der Obama-Clinton-Demokraten scharf angegriffen: Die endlosen Kriege forderten Millionen Opfer und seien Verschwendung von Billionen Dollars, während Amerika gleichzeitig immer unsicherer werde. Präsident George W. Bush habe gelogen, um Amerika in den Irakkrieg zu stürzen, und Obamas und Clintons „Regimewechsel“-Strategie in Libyen und gegen den syrischen Präsidenten Assad beschwöre das Risiko eines Krieges gegen Rußland herauf. Die Verlegung von US- und NATO-Truppen an die Grenzen Rußlands sei falsch, und es wäre „großartig“, wenn die USA und Rußland Freunde und Verbündete wären, insbesondere im Krieg gegen Terroristen. In mehreren Wahlveranstaltungen versprach Trump, keine „Neocons“ in seine Regierung zu berufen.

Die kriegsmüden Amerikaner reagierten darauf positiv und wählten ihn zum Präsidenten. Die Neocons reagierten auf seine Wahl, indem sie das „Russiagate“ in Gang setzten.

Die neue Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) zeigt, daß die Neocons im Regierungsapparat weiter versuchen, die USA in eine Konfrontation gegen Rußland und China zu treiben. In der Einleitung der NSS wird behauptet: „China und Rußland stellen Amerikas Macht, Einfluß und Interessen in Frage und versuchen, Amerikas Sicherheit und Wohlstand zu erodieren. Sie sind entschlossen, die Wirtschaft weniger frei und weniger fair zu machen, ihr Militär zu vergrößern und Informationen und Daten zu steuern, um ihre Gesellschaften zu unterdrücken und ihren Einfluß auszuweiten.“

An anderer Stelle heißt es, Rußland und China wollten „eine Welt gestalten, die im Gegensatz zu amerikanischen Werten und Interessen steht“. In einem kaum verhüllten Angriff auf die Gürtel- und Straßen-Initiative wird China vorgeworfen, es versuche, „die USA aus der indo-pazifischen Region zu verdrängen, den Einfluß seines staatsgetriebenen Wirtschaftsmodells zu erweitern und die Region zu seinen Gunsten neu zu ordnen“. Rußland strebe danach, „seinen Großmachtstatus wiederherzustellen und Einflußsphären nahe seiner Grenzen zu schaffen“. Präsident Xis „Win-Win-Ansatz“ bei der Neuen Seidenstraße, der die geopolitische Konfrontation durch Zusammenarbeit für gemeinsame Ziele ablösen soll, wird als ein Plan verleumdet, Nachbarstaaten mit militärischen Drohungen wirtschaftlich zu beherrschen.

Trump's Nationaler Sicherheitsberater General McMaster stellte sich in Äußerungen zur NSS vor der britischen Denkfabrik Policy Exchange ausdrücklich hinter die Geopolitik: „Nach dem Urlaub von der Geschichte, den wir in der sogenannten Periode ‚nach dem kalten Krieg‘ genommen haben, kehrt die Geopolitik mit voller Kraft zurück.“ Rußland und China seien Amerikas strategische Gegner.

Insiderberichten zufolge spiegelt die NSS die Ansichten von McMaster und zwei seiner engen Mitarbeiterinnen wider – Nadia Schadlow, stellv. Assistentin für die Nationale Sicherheitsstrategie, und Dina Powell, stellv. Nationale Sicherheitsberaterin, früher bei Goldman Sachs –, die an der Ausarbeitung beteiligt waren. Beide, Schadlow und Powell, waren schon in der Regierung G.W. Bush tätig.

Die Vorsitzende des Schiller-Instituts, Helga Zepp-LaRouche, verurteilte die Formulierungen in der NSS als Versuch, die USA auf den Kurs der „neokonservativen geopolitischen Konfrontation“ der

Regierungen Bush und Obama zurückzubringen. Sie verwies auf die scharfe Kritik russischer und chinesischer Vertreter, das Dokument sei ein Rückfall in „altes und veraltetes Denken“. Man müsse aber auch sehen, daß Präsident Trump selbst bei der Vorstellung des Dokuments weit weniger streitlustig war und sagte, er wolle versuchen, eine „großartige Partnerschaft“ mit Rußland, China und anderen Ländern aufzubauen. Zudem werde in dem Dokument Trumps Ablehnung von Regimewechseln bekräftigt: „Wir verstehen, daß der amerikanische Lebensstil weder anderen aufgezwungen werden kann noch der unausweichliche Gipfel des Fortschritts ist.“ Diese widersprüchlichen Positionen seien ein Anzeichen dafür, daß in der Regierung Trump weiter um den außenpolitischen Kurs gerungen wird. Zepp-LaRouche verwies dazu auf Trumps hochehrgeleiteten China-Besuch, seine wiederholten Äußerungen über sein „großartiges“ Verhältnis zu Präsident Xi und seine sehr produktiven Gespräche mit dem russischen Präsidenten Putin.

### Geopolitik bedeutet Krieg

Man sollte auch beachten, daß die streitlustigen Formulierungen der NSS auf einer Linie mit Äußerungen des früheren CIA-Chefs John Brennan und des Direktors der Nationalen Geheimdienste James Clapper liegen. Beide waren von Anfang an Teil der Anti-Trump-Kabale und Mitunterzeichner der berüchtigten haltlosen „Geheimdienstschätzung“ vom 7. 1.2017, in der behauptet wurde, Rußland habe sich mit ziemlicher Sicherheit in den US-Präsidentenwahlkampf eingemischt. Nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung setzten sie ihre Angriffe auf Trump fort: Er sei „naiv“, wenn er glaube, mit Rußland zusammenarbeiten zu können. Am 7. Juni 2017 behauptete Clapper in einer Rede in Australien, es liege Rußland „in den Genen“, im „diametralen Widerspruch zu den Vereinigten Staaten und den westlichen Demokratien zu stehen“. Am 12. November traten beide gemeinsam in *CNN* auf, um Trump und Rußland anzugreifen. Brennan sagte, Trump lasse sich durch Putin „einschüchtern“, und Rußland sei „eine Bedrohung für die Demokratie“. Clapper fügte hinzu, Putin sei „entschlossen, unser System zu untergraben“, und weil Trump das nicht glauben wolle, sei er „eine Bedrohung für dieses Land“.

Gerade als die Nationale Sicherheitsstrategie erschien, brachte das Magazin *Newsweek* vom 21. Dezember die Schlagzeile „Rußland bereitet sich auf den Dritten Weltkrieg vor“. Putin wird in dem Artikel einmal mehr als verrückter Diktator dargestellt, der mit Einkreisung und Krieg droht, um vom Mißerfolg seiner Wirtschaftspolitik abzulenken. So heißt es, der Kreml mache mobil, „weil er überzeugt ist, daß ein Krieg bevorsteht“. Ein früherer britischer Botschafter in Rußland wird – natürlich anonym – zitiert, Rußland betreibe „einen seltsamen einseitigen Rüstungswettlauf“.

Noch hysterischer und phantasievoller war das Boulevardblatt *Bild*. Am 20. Dezember wurden dort zwei anonyme NATO-Vertreter zitiert, das russische Manöver Zapad 2017 sei eine Übung für einen Militärangriff auf Europa gewesen. Demnach plane Rußland die Besetzung der drei baltischen Staaten, kombiniert mit Luftangriffen auf lebenswichtige Infrastruktur in Deutschland, Schweden und Finnland. (Die beiden skandinavischen Länder stehen unter Druck, aktiver mit der NATO zusammenzuarbeiten.) Damit solle die NATO gelähmt und daran gehindert werden, ihre Truppen im Osten zu verstärken.

Gleichzeitig gibt es konzertierte Bestrebungen, die Rüstungsausgaben in Europa deutlich zu steigern und die Europäische Union auch zu einer „Verteidigungs-Union“ zu machen.

### Muellers Lager im Belagerungszustand

Wohl nicht zufällig fällt die aggressivere Kriegspropaganda in der transatlantischen Region zeitlich zusammen mit den massiven Rückschlägen für Sonderermittler Mueller und seine Hexenjagd durch Enthüllungen über Korruption in seinen Reihen. Ganz besonders schaden Mueller die Enthüllungen über den hochrangigen FBI-Spionageabwehrbeamten Peter Strzok. Sie belegen, daß Strzok im Zentrum eines „Netztes der Korruption“ steht, zu dem die Spitze der britischen Geheimdienste, die Clinton-Kampagne und das FBI gehören. Aus den laufenden Untersuchungen des Kongresses ergibt sich das Bild, daß James Comey, Clapper und Brennan sich Strzok holten, um Trump anzuschwärzen. Comeys Team mit Strzok an der Spitze war Teil einer Verleumdungskampagne, die verhindern sollte, daß Trump Präsident würde.

Der klarste Beweis dafür ist eine Textnachricht, die Strzok am 15. August 2016 an seine Geliebte, die FBI-Juristin Lisa Page schrieb: „Ich möchte an die Überlegungen glauben, die Du in Andys Büro formuliert hast, daß er [Trump] auf keinen Fall gewählt werden wird – aber ich fürchte, wir können dieses Risiko nicht eingehen. Es ist wie eine Lebensversicherung...“ Mit „Andy“ ist der stellvertretende FBI-Direktor Andrew McCabe gemeint, ein enger Verbündeter des Clinton-Apparats. Die FBI-Hierarchie war also tief in eine Verschwörung gegen Trumps Wahlkampf verstrickt. Die „Lebensversicherung“ war die „Russiagate“-Geschichte, die Strzoks Mannschaft erfand, um Trump zu stürzen, falls er gewählt würde.

Zur gleichen Zeit organisierte man eine Zusammenarbeit von Strzok und anderen FBI-Spitzenleuten mit dem „ehemaligen“ MI-6-Agenten Christopher Steele, dem Autor eines Dossiers, das nahelegen sollte, Putin habe Trump wegen sexueller Eskapaden erpressen können. Steele stellte das Dossier für die Firma Fusion GPS zusammen, es wurde von Clintons Wahlkampfkomitee bezahlt. Wahrscheinlich genossen Clintons Leute dabei volle Rückendeckung führender britischer Geheimdienstkreise, der Abhördienst GCHQ hatte sich Trump schon im Sommer 2015 an die Fersen geheftet, lange bevor dieser begann, seine 17 republikanischen Mitbewerber aus dem Feld zu schlagen. McCabe mußte zugeben - u.a., indem er entsprechende Fragen in einer Kongreßanhörung nicht beantwortete –, daß

Steeles Behauptungen auch nach einem Jahr intensiver Nachforschungen immer noch nicht bewiesen werden können.

Viele weitere Punkte kommen hinzu: daß Strzok half, Hillary Clinton in der E-Mail-Affäre ein Gerichtsverfahren zu ersparen; daß er daran beteiligt war, Michael Flynn eine Falle zu stellen, die diesen zum Eingeständnis einer „Falschaussage gegenüber dem FBI“ zwang; daß ein hoher Beamter des Justizministeriums, Bruce Ohr, Steele traf, während Ohrs Ehefrau gleichzeitig bei Fusion GPS beschäftigt war. Dies alles kam durch die Hartnäckigkeit einiger republikanischer Abgeordneter heraus, und die Anhörungen laufen weiter.

Einige typische Aussagen der beteiligten republikanischen Abgeordneten geben einen Eindruck, wie sich das Blatt gegen Muellers juristische Erpressermethoden und die massive Korruption im FBI wendet:

- Am 18. Dezember erklärte der Abgeordnete Trey Gowdy aus Süd-Carolina, die abfälligen Bemerkungen über Trump, die Strzok mit seiner Geliebten austauschte, bewiesen eine „beispiellose“ Voreingenommenheit. Die Formulierung über die „Versicherung“ für den Fall von Trumps Wahl sei verheerend. „Ich hoffe nur, die Lebensversicherung war keine Spionageabwehr-Untersuchung gegen Trumps Kampagne. Das ist ein Ausmaß von Befangenheit, wie man es selten erlebt.“
- Der Vorsitzende des Geheimdienstschausschusses, Devin Nunes aus Kalifornien, stellte nach einer der Anhörungen die Frage: „Ich hasse es, das Wort korrupt zu verwenden, aber das ist dermaßen schmutzig: Wer beaufsichtigt die Aufseher? Wer überprüft diese Leute? Da ist niemand.“
- Jim Jordan aus Ohio, der fordert, sämtliche Beteiligten für Befragungen zwangsweise vorzuladen, befaßt sich besonders mit Steeles Dossier und ob es dazu benutzt wurde, Abhörgenehmigungen gegen Trumps Team von einem geheimen FISA-Spezialgericht zu erhalten. Über die Rolle von Strzok und Ohr sagte er: „Alles deutet darauf hin, daß es einen durchinszenierten Plan gab, um zu verhindern, daß Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten wird.“

### Illegale Beschlagnahme von E-Mails

Letzte Woche kam ein anderes Element von Muellers Amtsmissbrauch ans Licht: Seine Mitarbeiter verschafften sich zehntausende E-Mails von Trumps Team aus der Übergangszeit zwischen der Wahl und der Amtsübergabe, obwohl der zuständige staatliche Aufseher, der Leiter der General Services Administration (GSA) Richard Beckler, entschieden hatte, daß diese Mails privat sind und nur die GSA Zugriff darauf haben dürfe. Als Beckler ins Krankenhaus mußte, kopierten Muellers Mitarbeiter die Dokumente ohne einen Gerichtsbeschluß. Beckler verstarb wenig später.

Mit dieser illegalen Beschlagnahme befaßt sich der Verfassungsrechtler Jonathan Turley in einem scharf formulierten Beitrag in der Washingtoner Zeitung *The Hill* vom 18. Dezember. Turley, der kein Trump-Anhänger ist, nennt Muellers Vorgehen „rechtlich ohne Beispiel und strategisch unverantwortlich“. Wenn diese unrechtmäßig erworbenen Unterlagen vor Gericht verwendet würden, könnten Urteile, die Mueller möglicherweise gegen Angeklagte erwirkt, aufgehoben werden. Dieser Rechtsmissbrauch erinnere an den berüchtigten früheren FBI-Direktor J. Edgar Hoover. „Hoovers Einstellung zum Einsetzen der staatlichen Macht schlummert [im FBI] weiter wie ein inaktives Virus. Allzu oft interpretieren Ermittler unklare rechtliche Fragen als Freibrief.“ Namentlich sei es in der Karriere von Muellers Hauptankläger Andrew Weissman mehrfach vorgekommen, daß wichtige Urteile „wegen Überschreitung des Geltungsbereichs des Strafrechts oder fragwürdigen ethischen Verhalten“ aufgehoben wurden.

Zusammen mit den Kommentaren der Rechtsexpertin Jeanine Pirro von *Fox News* ist Turleys Kommentar ein großer Durchbruch in den großen Medien, was den Rückschlag für Muellers Aktivitäten widerspiegelt. Pirro nannte Muellers Team eine „kriminelle Kabale“, die man „in Handschellen abführen sollte“. Diese „arroganten, korrupten und gesetzlosen Individuen“ handelten so, als „würden sie und nicht wir eine Präsidentschaftswahl entscheiden“.

Wie diese Zitate zeigen, ist nun endlich der Wille da, den Schleier zu zerreißen und die Wahrheit über „Russiagate“ aufzudecken: daß diese ganze Geschichte von Anfang an frei erfunden war, um Trump zu stürzen oder „einzudämmen“, um eine bröckelnde alte Weltordnung zu retten, und daß die tatsächliche ausländische Einmischung aus Großbritannien kam, in Koordination mit der Clinton-Kampagne und dem FBI. Der tiefere Hintergrund von Russiagate - daß die Vertreter der neokonservativen, unipolaren Welt ihre Macht nicht abgeben wollen – muß aufgedeckt werden. Sie brauchen die endlosen Kriege und die endlosen Bankenrettungen, sie müssen ständig sinnlose, mörderische geopolitische Konflikte auf der Welt schüren, unter denen die Mehrheit der Menschheit leidet, damit sie sie straflos ausplündern und ausbeuten können.

Donald Trumps Sieg hat bewiesen, daß die Amerikaner diese unmoralische, bankrotte Ordnung leid sind. Nun müssen die Bürger mobilisieren, um Russiagate zu beenden, damit Trump den nötigen Freiraum hat, Amerika in das Neue Paradigma der Kooperation und Entwicklung, das Chinas Präsident Xi mit Putins voller Unterstützung in Gang setzte, hineinzubringen. Wenn wir nicht wollen, daß sich die Menschheit selbst vernichtet, müssen wir die Ära der Geopolitik beenden.

Die Einstellung von Muellers Untersuchung zu erzwingen und die korrupten Beteiligten hinter Gitter zu bringen, wäre ein guter erster Schritt dahin. Deshalb haben Aktivisten der LaRouche-Bewegung letzte Woche das Dossier über Muellers Korruption, worin der Russiagate-Betrug aufgedeckt wird (s. *Neue*

*Solidarität* 40/17), an alle Büros der US-Senatoren und viele Mitarbeiter von Ausschüssen verteilt. Wie Lyndon LaRouche sagte: „Das Tor wurde geöffnet!“ – jetzt können wir handeln.